

Pressemitteilung



Gleichberechtigter Zugang zum Gesundheitssystem

Berlin, 18. März 2019. Zu dem letzte Woche verabschiedeten [Terminservice- und Versorgungsgesetz](#) von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn fordert die Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V. (ISL) endlich einen weiteren Schritt zu einem gleichberechtigten Zugang zum Gesundheitssystem für behinderte Menschen: „Die geplante bundesweite Terminservicestelle muss die Bedarfe der Patient*innen erfragen und an die Arztpraxen weitergeben, damit angemessene Vorkehrungen vorgehalten werden. Nur wenn bei Bedarf eine Gebärdensprachdolmetschung, eine Unterstützung in Leichter Sprache oder eine Anlegerampe vorhanden ist, ist ein Ende der Diskriminierung behinderter Menschen im Gesundheitssystem in Sicht“, erläutert Dr. Sigrid Arnade (ISL-Geschäftsführerin). „Was nützt eine Terminvergabe, wenn ich als Patientin im Rollstuhl nicht in die Praxis hineinkomme?“ fragt sich die Geschäftsführerin.

Nur wenn angemessene Vorkehrungen bei Bedarf vorgehalten werden, könne eine gleichberechtigte Teilhabe in allen Lebensbereichen, wie es die UN-Behindertenrechtskonvention vorschreibt, gewährleistet werden. „Dazu hätten wir gerne eine Rückmeldung des Bundesgesundheitsministers“, fordert Arnade.

Mit dem neuen Terminservice- und Versorgungsgesetz will die Bundesregierung dafür sorgen, dass gesetzlich versicherte Patient*innen schneller einen Arzttermin erhalten.

Die „Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V. (ISL)“ ist eine menschenrechtsorientierte Selbstvertretungsorganisation und die Dachorganisation der Zentren für Selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen.

Pressekontakt:

Alexander Ahrens
Referent für Öffentlichkeitsarbeit
Leipziger Straße 61, 10117 Berlin
E-Mail: aahrens@isl-ev.de
Tel.: 030/4057 1413